

Antrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Kampfmittelbeseitigung in Brandenburg: Bundesmitteleinsatz ausbauen und verstetigen!

Der Landtag stellt fest:

Die Kampfmittelbeseitigung im Land Brandenburg ist ein drängendes Thema. Die Munitionssuche und -bergung verursacht enorme Kosten, welche das Land Brandenburg und die betroffenen Kommunen in weiten Teilen selbst tragen.

Seit 1991 konnten im Land Brandenburg bereits 14.000 Tonnen Munition durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes geborgen und unschädlich gemacht werden. Noch immer gelten jedoch 350.000 Hektar zivil genutzter Fläche als kampfmittelverdächtig. Allein in Oranienburg wurden seit 1991 203 Bomben, davon die Hälfte mit chemischem Langzeitzünder, unschädlich gemacht. Weitere rund 300 Bombenblindgänger werden noch im Boden vermutet. Mit jedem Tag steigt die Gefahr von Selbstdetonationen und somit die Bedrohung für die Menschen vor Ort. Jährlich wendet allein Oranienburg bis zu vier Millionen Euro auf, um die Kampfmittelsuche systematisch fortführen zu können.

Das Land Brandenburg unterstützt betroffene Städte und Gemeinden bei der Kampfmittelbeseitigung. Im Zeitraum von 1991 bis 2017 sind insgesamt 269 Millionen Euro Landesmittel für Kampfmittelräummaßnahmen eingesetzt worden, allein 110 Millionen Euro wurden in Oranienburg aufgewendet.

Die 2015 beschlossene einmalige Bundesbeteiligung in Höhe von insgesamt 60 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 beendete die seit den 1950er Jahren gängige Praxis des Bundes, wonach er ausschließlich Maßnahmen der Gefahrenabwehr auf nicht bundeseigenen Grundstücken finanziert, soweit es sich um ehemals reichseigene Kampfmittel handelte. Das bedeutet, dass der Bund sich erstmals an der Suche und Bergung von Kampfmitteln sowjetischer, englischer und amerikanischer Herkunft beteiligte.

Der Landtag bedankt sich ausdrücklich bei der Landesregierung und allen beteiligten Mitgliedern des Landtages und des Bundestages, die dies möglich machten. Zeitgleich ist mit der erstmaligen Kostenbeteiligung des Bundes seit dem Zweiten Weltkrieg die Erwartung verbunden, dass sich die Bundesregierung auch über das Jahr 2019 hinaus zu ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bekennt und eine Verstetigung der Kostenbeteiligung anstrebt.

Das Land Brandenburg machte gegenüber der Bundesregierung eine Forderung von insgesamt 8,9 Millionen Euro für das Jahr 2015 für die Beseitigung alliierter Kampfmittel geltend, wovon 1,6 Millionen Euro durch die Kommunen angemeldet wurden. Die Kostenerstattung des Bundes belief sich auf ca. 790.000 Euro. Die Landesregierung hat die vom Bund anerkannten Kosten in voller Höhe an die antragstellenden Kommunen weitergeleitet. Etwa 400.000 Euro wurden nach Oranienburg, Brandenburgs am stärksten betroffene Kommune, durchgereicht.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a. sich bei der neuen Bundesregierung für eine Verstärkung der finanziellen Unterstützung an die Länder zur Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften über das Jahr 2019 hinaus einzusetzen.
- b. sich beim Bund für die Erstattungsfähigkeit von Kosten im Rahmen der systematischen Kampfmittelsuche einzusetzen.
- c. alle Kostenerstattungen des Bundes für die Beseitigung alliierter Kampfmittel wie bisher in anerkannter Höhe an die jeweiligen Landkreise und Kommunen weiterzuleiten.
- d. die Kampfmittelsuche und -beseitigung in Brandenburg auf Grundlage vorhandener Konzepte und Gutachten konsequent fortzusetzen.
- e. die Landesmittel für die Munitionssuche und -beseitigung in gleicher Höhe beizubehalten.

Begründung:

In Anbetracht der Gefahr, die von den verbliebenen Kampfmitteln für Leib und Leben ausgeht, ist es notwendig, dass das Land Brandenburg die Suche und Beseitigung von Kriegsaltslasten mit gleicher Kraft fortsetzt. Ebenso ist es die Pflicht der Bundesregierung, das Land Brandenburg und seine betroffenen Kommunen langfristig zu unterstützen, um gemeinsam die Herausforderungen der Kampfmittelbeseitigung zu bewältigen.